

Jemen – schwieriger Balanceakt vor dem drohenden Staatszerfall

Nach dem versuchten Terroranschlag auf ein Flugzeug in Detroit am 25. Dezember richtet sich der Blick auf den Jemen. Der Al-Qaida nahe stehende Attentäter war dort ausgebildet worden. Die Konflikte im ärmsten Land der Arabischen Halbinsel eskalieren seit Monaten. Neben Afghanistan steht nun auch der Jemen auf der internationalen Agenda. Diese neue Aufmerksamkeit gilt einem Land, dessen Stabilität von verschiedenen Seiten bedroht ist. Ein Staatszerfall hätte weit reichende Folgen.

Armenhaus mit reicher Nachbarschaft

Mit über 22 Millionen Einwohnern ist der Jemen einer der beiden großen Staaten auf der Arabischen Halbinsel. Das Pro-Kopf-Einkommen von 870 US-\$ macht ihn jedoch zum zweitärmsten Staat der gesamten arabischen Welt – im starken Kontrast zu reichen Nachbarn wie Saudi-Arabien. Die Verarmung von weiten Teilen der Bevölkerung nimmt weiter zu. Inzwischen sind 35% der Jemeniten arbeitslos und ca. 42% leben unter der Armutsgrenze. Das eigene Öl, das zu 70% den Staatshaushalt finanzierte, geht zur Neige. Korruption dominiert den öffentlichen Sektor. Nach wie vor ist eines der größten Probleme des Landes die zunehmende Wasserknappheit. Die Hauptursache dafür ist das hohe Bevölkerungswachstum mit einem entsprechend großen Anteil junger Menschen (zwei Drittel unter 25 Jahre).

In seiner heutigen Form besteht der Jemen seit 1990, durch die Vereinigung der Jemenitischen Arabischen Republik im Norden (Hauptstadt Sanaa) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Hauptstadt

Aden) im Süden zur Republik Jemen. Der konservativ-religiöse und stark tribalistisch geprägte Nordjemen stand bis 1962 unter der Herrschaft zaiditischer Imame. Aus dem anschließenden Bürgerkrieg ging die Jemenitische Arabische Republik hervor, deren Präsident seit 1978 Ali Abdallah Saleh war. Südjemen hingegen, das am 30. November 1967 von Großbritannien unabhängig wurde, war bald ein enger Verbündeter der kommunistischen Staaten, von denen es umfassende politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung erhielt.

Mit der 1990 vollzogenen Einheit waren die Erwartungen im Jemen, insbesondere in der Wirtschaft hoch. Mit Investitionen, vornehmlich aus Saudi-Arabien, sollte die Volkswirtschaft einen gewaltigen Impuls erhalten. Die Beziehungen zu den Nachbarn litten jedoch zunächst unter der Irakfreundlichen Haltung während des zweiten Golfkrieges. Erst Ende 2001 wurde der Jemen zu vier Unterausschüssen des Golfkooperationsrates (Cooperation Council for the Arab States of the Gulf – GCC, Mitglieder sind Saudi-Arabien, Oman die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Qatar, Bahrain und Kuwait) zugelassen und hat seit 2002 einen Beobachterstatus im GCC.

Die 2004 einsetzenden Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Anhängern des zaiditischen Rebellen Al-Houthi machten die Hoffnungen auf Stabilität, wachsenden Wohlstand und damit auch Annäherung an die Nachbarn bald wieder zunichte. Speziell die Saada-Region nahe der Grenze zu Saudi-Arabien ist heute durch Armut und mangelnde Infrastruktur gekennzeichnet. Die fragile Staatlichkeit und der interne Konflikt, nicht nur in der Provinz

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

REGIONALPROGRAMM
GOLF-STAATEN
 THOMAS BIRRRINGER

27. Januar 2010

www.kas.de

www.kas.de/golfstaaten

Saada, werden auch zu einer Bedrohung für die übrigen Staaten auf der Arabischen Halbinsel und den Westen. Wegen der Rolle als Rückzugs-, Rekrutierungs- und Operationsgebiet für islamistische Terroristen und in Verbindung mit der Piraterie im Golf von Aden ist eine zunehmende Internationalisierung des innerstaatlichen Konflikts zu befürchten. Der Jemen, so hatte Osama bin Laden in den letzten Jahren mehrmals betont, solle der nächste „Sumpf“ sein, in den man die USA ziehen wolle.

Nach einzelnen terroristischen Attacken auf jemenitischem Boden verstärkte die Regierung in Sanaa ihre Bemühungen, die innere Sicherheit zu verbessern und beteuerte ihre Entschiedenheit, einen Beitrag im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu leisten. Im Rahmen ihrer „Counter-Terrorism“-Strategie wurde der Jemen schon vor dem jüngsten Anschlagversuch Partner der USA gegen Al-Qaida und erhielt so verstärkte Entwicklungshilfe.

Ein Flächenbrand ist ausgebrochen

Auch wenn die jemenitische Regierung unter Präsident Saleh seit jeher mit ökonomischen Problemen ebenso wie mit separatistischen Tendenzen zu kämpfen hatte, sich bisher aber immer wieder herauslavieren konnte, bietet die jetzige Situation mehr denn je Anlass zur Sorge. Denn es brennt gleich an mehreren Stellen: die Armut der Bevölkerung, die Nahrungsmittelknappheit, eine brach liegende Volkswirtschaft verbunden mit dem rasanten Bevölkerungswachstum, das wiederum dazu zur Wasserknappheit beiträgt. Eine Kulmination von Herausforderungen, denen die Regierung kaum etwas entgegenzusetzen hat. Schon alleine die finanzielle Situation macht es ihr unmöglich, das ganze Land wirksam zu kontrollieren.

In den Blickpunkt gerät dabei zunehmend Präsident Ali Abdallah Saleh selbst. Er gilt eigentlich als prowestlich und regierte zunächst den Norden seit 1978 mehr oder minder erfolgreich, doch seit einiger Zeit folgt er immer stärker einem autokratischen Kurs. Im April 2009 waren etwa die geplanten Parlamentswahlen auf unbestimmte Zeit

verschoben worden. Saleh ist jedoch nach wie vor die einzige politische Kraft, der ein Zusammenhalten des Landes zugetraut wird.

Der Regierung wird zudem vorgeworfen, in der Auseinandersetzung mit den Houthi-Rebellen nur auf eine militärische Lösung zu setzen. Es scheint, Saleh will – koste es was es wolle – den Krieg im Norden gewinnen und die Sezessionsbewegungen im Süden unterdrücken. Die Umtriebe von Al-Qaida dagegen lassen sich instrumentalisieren, um in den USA und in Europa zusätzliche Waffen- und Finanzhilfen für den Militärapparat einzuwerben. Westliche Partner beklagen sich darüber, dass der Präsident sein Versprechen zur Beilegung der Konflikte im Norden und Süden mit Hilfe eines „nationalen Dialoges“ kaum eingelöst hat.

Stattdessen führte die Situation im Norden des Jemen Anfang November letzten Jahres sogar zum direkten militärischen Eingreifen des Nachbarn Saudi-Arabien, um die Houthi-Rebellen zwischen sich und der jemenitischen Armee aufzureiben. Die Kämpfe in der Grenzregion dauern bis heute an, über 130 saudische Soldaten sind bislang gefallen. Der massive Einsatz Saudi-Arabiens – mit Luftwaffe und Artillerie – lag, neben dem zunehmenden Drogen- und Waffenschmuggel über den Jemen, vor allem an der Angst Riads vor dem wachsenden Einfluss der Houthi-Rebellen auch auf saudischem Gebiet. Das Grenzgebiet ist traditionell umstritten. Ein Erfolg des Einmarsches erscheint dabei eher fraglich. Im Gegenteil, es scheinen sich neue Probleme und Gefahren für Sanaa und Riad aufzutun: Der Rückhalt für die Aufständischen innerhalb der jemenitischen Bevölkerung und die Ressentiments gegen die saudische Einmischung sind gewachsen.

Bereits mit dem erneutem Aufflammen des Houthi-Konfliktes verlangte der jemenitische Präsident mehr finanzielle Unterstützung von den USA. Obwohl Präsident Obama dem Jemen bereits vor dem Attentat vom 25. Dezember finanzielle und militärische Hilfe zugesagt hatte – es gab bereits zwei Luftangriffe auf mutmaßliche Al-Qaida-Stützpunkte am 17. und 24. Dezember

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

REGIONALPROGRAMM
GOLF-STAATEN
THOMAS BIRRINGER

27. Januar 2010

www.kas.de

www.kas.de/golfstaaten

letzten Jahres und Spezialkräfte sind vor Ort – versucht Präsident Saleh, Druck auf die USA auszuüben, indem er die Houthi-Rebellen ohne Beweise immer mehr in die Nähe von Al-Qaida rückt.

Al-Qaida und die Houthi-Rebellen sind unterschiedliche Phänomene, die von Saleh immer wieder genannte Zahl von 1000 Al-Qaida-Kämpfern im Land dürfte immer noch zu hoch liegen. Allerdings erhält Al-Qaida neuen Zulauf aus den Reihen der inzwischen ca. 800.000 Flüchtlinge aus Somalia, die sich inzwischen im Jemen aufhalten. Eine restriktivere Politik gegenüber diesen hat Präsident Saleh kürzlich angekündigt. Vermutet – aber ebenfalls kaum verifiziert – wird darüber hinaus eine Unterstützung der Rebellen im Norden durch den Iran, dessen Interesse an einem weiteren Schauplatz für einen „Stellvertreterkrieg“ gegen den Westen nahe liegt.

Wie groß die Bedeutung Irans im Konflikt mit den Houthi-Rebellen auch immer sein mag - eine direkte militärische Rolle besonders der USA im Jemen würde sie sicherlich noch steigern und eher ein falsches Signal abgeben. Daneben würde sie die Möglichkeiten Präsident Salehs, das Land wieder zusammenzuführen, weiter schwächen. Er wäre als Marionette der Amerikaner diskreditiert, seine Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt und die anti-amerikanische Stimmung würde verstärkt.

Schließlich stellt die Situation im Jemen auch eine Bedrohung für die GCC-Staaten dar. Bereits im vergangenen Dezember stand der Jemen ganz oben auf der Agenda des GCC-Gipfels in Kuwait. *„The Yemeni Republic is the most important neighbour for the GCC states and Yemen's security is connected to the security of the GCC states“*¹, so der Außenminister des Oman. Die Golfstaaten haben von Beginn an die jemenitische Regierung unterstützt und die saudische Position verteidigt: Ein Angriff auf

Saudi-Arabien sei ein Angriff auf den gesamten GCC.²

Verschiedene Zentrifugale Kräfte

Bedrohlich für die Nachbarn und den Westen wäre im Jemen vor allem das Szenario eines Staatszerfalls. Neben der Schwäche der Zentralregierung ist das Land von gleich mehreren zentrifugalen Kräften unterschiedlicher Ausrichtung geprägt. Ein Zusammenbrechen des Jemen würde nahezu die Hälfte der Bevölkerung der Arabischen Halbinsel direkt betreffen und hätte nicht nur erweiterte Rückzugsräume für den internationalen Terrorismus zur Folge, sondern auch direkte Auswirkungen auf die angrenzenden Golf-Staaten.

Der **Norden** des Jemen war Jahrhunderte lang, bis 1962, eine schiitische Theokratie unter einem zaiditischen Imam. Die Zaiditen sind Anhänger der „5er Schia“, sie erkennen also nur fünf legitime Nachfolger des Propheten an. Anders als die im Iran vorherrschende „12er Schia“ haben sie kulturell auch keine persischen Einflüsse adaptiert, sondern stehen von allen schiitischen Gruppen dem sunnitischen „Mainstream“ des Islam am nächsten.

Die Bedeutung der schiitischen Stämme mit ihren bewaffneten Milizen ist auch heute noch groß. Die Identität dieser nordjemenitischen Stämme ist durch die Vorstellung von Abstammungsgemeinschaften sowie einer traditionellen Form der Rechtsprechung und Repräsentation geprägt. Der Imam gilt als legitimer Nachfolger des Propheten Mohammad. Es gibt schätzungsweise 400 zaiditische Stämme im Norden des Jemen, die insgesamt rund ein Drittel der jemenitischen Gesamtbevölkerung ausmachen. Die konservativen Strömungen innerhalb der Zaidiyah trachten danach, ihren religiös begründeten Führungsanspruch in der Form des Imamats wieder herzustellen. Unter den (nord-)jemenitischen Regierungen nach 1962 ließen sich die zaiditischen Stämme nie vollständig unterwerfen, sondern behielten eine weitreichende Autono-

¹ Omanischer Außenminister Yusuf Bin Malawi Bin Abdullah auf dem Treffen der GCC-Außenminister in Doha am 10.09.2009 vgl. <http://www.almotamar.net/en/6928.htm> (12.01.2010)

² Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

REGIONALPROGRAMM
GOLF-STAATEN
THOMAS BIRTINGER

27. Januar 2010

www.kas.de
www.kas.de/golfstaaten

mie. Diese Historie spielt bis in die Gegenwart eine bedeutende Rolle für das politische Selbstverständnis der Stämme. Es erklärt ihr Streben nach der Wiedergewinnung alter Privilegien und Autonomie.

Vor diesem Hintergrund genießt unter den zaiditischen Stämmen Nordjemens die militante Rebellengruppe Al-Shabab al-Mou'min eine gewissen Rückhalt, die Hussein **al-Houthi** mit seinem Bruder Muhammad und seinem Vater Badr al-Din al-Houthi Ende der neunziger Jahre gegründet hatte. Die Motive und Ziele dieser Gruppe sind eher diffus, sie gelten als anti-westlich. Ihre Rebellion gegen die Zentralregierung lässt sich am ehesten vor dem Hintergrund einer zunehmenden religiösen Radikalisierung einiger der zaiditischen Stämme erklären. Die Regierung wirft al-Houthi und seinen Anhängern vor, seit 1997 ungenehmigte Religionsschulen im Nordjemen gegründet zu haben, aus deren Umfeld vermutlich die derzeit im Grenzgebiet zu Saudi-Arabien aktiven Kämpfer der Al-Shabab al-Mou'min rekrutiert wurden.

Somit kann man trotz ihrer Zugehörigkeit zum schiitischen Islam nicht von einer „natürlichen“ Verbundenheit der Zaiditen mit dem Iran ausgehen. Diese besteht lediglich in der Hinwendung einiger Angehöriger eines einzelnen zaiditischen Stammes, eben der al-Houthi, zum Iran vor dem Hintergrund einer diffusen religiösen Radikalisierung. So erklären sich auch die gemeinsamen Ziele mit der – an sich anti-schiitischen – al-Qaida.

Salafistische Gruppierungen schließlich sind lange Zeit von der jemenitischen Regierung gefördert worden, um ein Gegengewicht zu den schiitischen Houthi-Rebellen aufzubauen. Salafiten predigen einen Ur-Islam, ihre Ideologie ist sehr ähnlich der von **Al-Qaida**. Sie haben Ende der 90er Jahre der Terrororganisation dabei geholfen, im Jemen Rückzugsräume zu beziehen. In diese Zeit fällt der Anschlag auf die „USS Cole“ 2000 mit 17 Toten. Diese erste Generation der Jihadisten hatte kaum Probleme mit der Regierung von Präsident Saleh; die Rückkehrer aus Afghanistan konnten sich im Jemen frei bewegen. Doch mit dem 11.

September 2001 und der Kooperation der Regierung mit den USA änderte sich dies. Al-Qaida hat sich inzwischen im Jemen - wie in Somalia - mit kriminellen Banden und aufständischen Stämmen verbündet, seit Anfang 2009 verzeichnet die Organisation große Zuwächse. Unabhängige Schätzungen gehen davon aus, dass sich um die 300 aktive Al-Qaida Kämpfer im Jemen befinden

Ein Grund für das Erstarken ist das Zusammenwachsen der jemenitischen und saudischen Zelle zu einem Netzwerk, das sich jetzt „Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“ nennt. Ein Großteil seiner Jihadisten hat mittlerweile im Jemen ein neues Zuhause gefunden, nicht zuletzt dank des rigiden Vorgehens gegen die Al-Qaida in Saudi-Arabien. Es gibt Stammesgebiete im Jemen, in denen der Staat kaum noch etwas zu sagen hat. Besonders in den Provinzen Jawf, Schabwa, Marib und Abyan im Norden des Landes kann sich Al-Qaida relativ frei bewegen.

Die Terroristen planen nun von hier aus ihre Anschläge in der Region und weltweit, wie der vereitelte Anschlag am 25. Dezember zeigt. Der nigerianische Attentäter Umar Farouk Abdulmutallib soll im Jemen ausgebildet worden sein. Das erklärte Ziel der zweiten Al-Qaida Generation im Jemen besteht darin, alle Vertreter der westlichen Welt von der Arabischen Halbinsel zu vertreiben. 2007 wurde Nasir al-Wahayschi, ehemaliger Sekretär bin Ladens, offiziell zum Chef von Al-Qaida im Jemen ernannt. Er steht in engem Kontakt mit der Al-Qaida-Führung in Pakistan.

Weiteres Konfliktpotential für den jemenitischen Staat droht aus dem ehemaligen **Südjemen**. Die Loyalität vieler dortiger Stammesvertreter gegenüber Präsident Saleh schwindet immer mehr. Ein so genanntes **"Southern Movement"** wendet sich verstärkt gegen die Dominanz des Nordens im südlichen Landesteil. Viele im ehemals sozialistischen Südjemen (v.a. dessen zwangspensionierte Ex-Funktionäre) betrachten sich als Verlierer des Zusammenschlusses. Eine bessere Einbindung des Südens in den Gesamtstaat wird gefordert,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

REGIONALPROGRAMM

GOLF-STAATEN

THOMAS BIRRRINGER

27. Januar 2010

www.kas.de

www.kas.de/golfstaaten

oft geht es auch um Fragen des Landbesitzes.

In jüngster Zeit eskalieren die Demonstrationen, so dass es Tote und Verwundete gibt. Die Bevölkerung unterstützt die Anliegen der Separatisten: Seit 2008 sprechen sich zwei Drittel der Südjemeniten für eine Sezession aus. Ein Großteil der Erdölreserven, die einzige Raffinerie und die neue Gasverflüssigungsanlage befinden sich im Süden. Der Konflikt im Süden wird von vielen Beobachtern als noch gefährlicher für die Stabilität des Landes eingestuft, als die militärischen Auseinandersetzungen im Norden. Andererseits scheint hier ein „nationaler Dialog“ eher möglich.

Allianzen und Perspektiven

Die westlichen Partner fordern die jemenitische Regierung nun auf, das Land durch einen „nationalen Dialog“ aus der Krise zu führen. Mit militärischen Mitteln allein ließen sich alle drei Konflikte gleichzeitig kaum lösen, dazu wäre die Zentralregierung wohl zu schwach und vor allem auch selbst zu wenig legitimiert. Korruptionsbekämpfung und Good Governance stellen ebenso wichtige Bausteine einer Stabilisierung des Jemen dar. Nur dann wird ein „nationaler Dialog“ gelingen können, bei dem auch die Regierung Schritte auf einige der anderen Beteiligten zugehen muss. Dies gilt vor allem für die Akteure im Süden, die zu Gesprächen bereit sind.

Auch an den anderen Schauplätzen gibt es Ansatzmöglichkeiten: Einige der Stämme des Landes haben gegen entsprechende Beteiligung bereits Al-Qaida-Kämpfer an die Regierung ausgeliefert. Ein Erfolg solcher Gespräche wird beispielsweise von der Lösung der noch zu klärenden Landfragen im Süden abhängig sein. Im Norden gibt es immer wieder Versuche, mit den Houthis-Rebellen eine Einigung zu erzielen. Die Houthis selbst lehnen einen Dialog nicht mehr rigoros ab. Für ihre Stärke und damit ihre wirkliche Dialogbereitschaft dürfte jedoch auch der Grad ausländischer Unterstützung eine Rolle spielen.

Sanaa und Riad werfen dem Iran vor, die Kämpfer der Shabab al-Mou'min – genauso wie die Hisbollah im Libanon – mit Waffen und Ausbildung zu unterstützen, um im Jemen, ähnlich wie am Mittelmeer, einen neuen Stellvertreterkriegsschauplatz zu eröffnen. Seit Jahren fürchten die pro-westlichen, sunnitischen arabischen Regime auf der Arabischen Halbinsel die Ambitionen des Iran als Regionalmacht. Diese manifestieren sich nicht nur im Atomprogramm des Landes, sondern auch in der Einflussnahme auf die inneren Entwicklungen verschiedener Nachbarstaaten. Gerade Saudi-Arabien versteht sich dagegen immer mehr als Führungsmacht des sunnitischen Islam und will die Entwicklung Irans zu einem regionalen Hegemon verhindern.

Bei genauerer Betrachtung ist die Feindschaft zum Westen dann auch das Wesentliche, was Teheran mit den Houthis-Rebellen im Jemen verbindet. Es steht außer Frage, dass das Regime in Teheran dabei von Resentiments gegen Saudi-Arabien profitiert. Wie weit die Unterstützung tatsächlich geht, ist unklar. Beweise für Waffenlieferungen Teherans an die Rebellen in Nordjemen existieren bislang zumindest nicht.

Doch selbst wenn die Konflikte im Norden und Süden durch einen „nationalen Dialog“ unter Kontrolle gebracht werden können, bleibt die Frage nach einer dauerhaften Stabilisierung des Landes auch in sozialer und ökonomischer Hinsicht. Denn nur auf diese Weise kann eine wirksame Zentralgewalt etabliert werden, die Al-Qaida den Nährboden entzieht und der Gesetzlosigkeit in weiten Landesteilen, die sich unter anderem in der Vielzahl von Entführungen äußert, ein Ende macht. Dabei spielen Bevölkerung und Stammesführer eine große Rolle, aber eben auch die wirtschaftliche Entwicklung und gute Regierungsführung.

„Letztlich haben die Probleme im Süden und im Norden ihre Ursachen in der Krise des politischen Systems sowie in den gestörten Beziehungen zwischen Staat und Volk“

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

REGIONALPROGRAMM

GOLF-STAATEN

THOMAS BIRRRINGER

27. Januar 2010

www.kas.de

www.kas.de/golfstaaten

diagnostiziert Mohammed al-Dhahiri, Politologe an der Universität von Sanaa.³

Der Konflikt im Jemen hat sich mittlerweile verfestigt, eine eigene Kriegswirtschaft hat sich entwickelt. Insbesondere der Waffenhandel ist für die Stämme ein lukratives Geschäft. Hier gilt es, Alternativen aufzuzeigen, auch durch technische und finanzielle Zusammenarbeit. Deutschland als größter westlicher bilateraler Geber im Jemen spielt dabei eine herausgehobene Rolle. Hauptproblem bei der Umsetzung bleibt jedoch bislang die bereits erwähnte Korruption im Jemen.

Einen erfolversprechenden Ansatz verfolgt hier der Abu Dhabi Fund for Development (ADFD). Zusammen mit der jemenitischen Regierung wurde ein Programm für sozio-ökonomische Entwicklung aufgelegt (650 Millionen US-\$). Es umfasst 14 Projekte (in den Bereichen Infrastruktur, Energie, Wasser, Bildung, Gesundheit, soziale Entwicklung), welche die jemenitische Bevölkerung direkt einbeziehen und die Förderung nicht über staatliche Stellen leiten. Die Projekte werden teils vom ADFD alleine, teils zusammen mit anderen, wie dem Roten Halbmond, umgesetzt. Mit dem Programm soll eine nachhaltige Entwicklung im Jemen gefördert und die Korruption umgangen werden. Weitere Projekte befinden sich in der Planungsphase.

Die VAE finanzieren seit 1974 unterschiedliche Projekte im Jemen. Das Land wird also bereits seit längerem durch seine Nachbarn unterstützt. Um die Situation dauerhaft zu stabilisieren, bedarf es zusätzlich eines neuen Nachdenkens in den übrigen Golfstaaten im Hinblick auf die Integration des Jemen. Mittlerweile sieht die jemenitische Regierung in der Aufnahme in den Golf-Kooperationsrat sogar den wesentlichen Schritt zur Lösung der innerstaatlichen Probleme.

Bereits Anfang 2002 stellte der GCC eine stufenweise zu erreichende Vollmitgliedschaft in Aussicht. Doch Jemens Mitgliedschaft würde auch große Herausforderungen an den GCC stellen, vor allem aufgrund des wirtschaftlichen Gefälles. Massive Subventionen würden nötig sein, um die desolate Volkswirtschaft einigermaßen an die wirtschaftliche Prosperität der anderen Mitgliedsstaaten anzugleichen und den Normen des GCC gerecht zu werden. Darüber hinaus fürchten die Golfstaaten ein Übergreifen terroristischer Aktivitäten, sollten die Reisebeschränkungen im Zuge einer Mitgliedschaft entfallen.

Dass die Perspektive einer regionalen Integration nicht nur ökonomisch stabilisierend wirkt, sondern auch Anreize im Hinblick auf politische Reformen und innerstaatlichen Dialog geben kann, zeigt nicht zuletzt die Europäische Union. Ob der GCC eine ähnliche Anziehungskraft entwickeln kann und will, bleibt abzuwarten. An einer Stabilisierung des Jemen hat jedenfalls nicht nur der Westen ein lebhaftes Interesse. Auch die Nachbarn in der Region haben ihre Verpflichtung erkannt.

³ „Im Jemen schießt jeder auf jeden“, Basler Zeitung vom 17.08.2009